

Auden vergrämt hatte. Aber was gilt alles Gute, wenn die Preise so hoch sind, daß die betreffenden Länder bei sich billiger kaufen können? Tschechien ist mit Waren angefüllt — wenn die Käufe ausbleiben, ist die Krise da. Die Prager Mustermeisen, ursprünglich als Konkurrenz gegen Leipzig gedeckt (man wollte Prag zum Mittelpunkte der kontinentalen Handelsbeziehungen machen), werden heute nur noch als das Tor betrachtet, durch das Tschechen auf den internationalen Markt tritt. In dieser Linie ist da an die Eroberung des Ostens, an den Balkan gedacht. Und man muß es dem intelligenten und siehigen tschechischen Volke lassen; es arbeitet an diesem Ziel ebenso großzügig, wie zähne. Fragt sich nur, ob ihm seine nationalistischen Politiker das wirtschaftliche Rezept nicht ernst verderben, und ob die Weltwirtschaftskrise ihm Zeit lädt, die Erfolge seiner Bemühungen zu sehen. Ein Bedürfnis für die tschechische Industrie sind die Menschen ohne Frage; sie wären es nicht, wenn der Wohn der Politiker den Industriellen die Inanspruchnahme befehlter deutscher Einrichtungen nicht erforderte.

Dreitauzig Aussteller sieht die Messe. Sie ist diesmal schön gegliedert. Über ihre Einrichtung, über die Nationalität der Aussteller und Käfer sei später berichtet. Noch ist nämlich die Messe nicht fertig. Aber feierlich eingeweiht wurde sie. Bereits Sonntag nachmittag hatten die Pressevertreter (die Regierung hatte namhafte auswärtige Blätter eingeladen) eine Vorbesichtigung. Nach dem Rundgang begüßte Vizepräsident Chmel die Zeitungsleute und ersuchte um objektive Berichterstattung. (Su welchen Wünsche er viel Grund hat.) Auf Französisch (Progs offizielles Esperanto) hielt der Präsident des Exportvereins, Dr. Schubert, sie willkommen, aus Deut. Dr. Gregor, der in der Messeleitung sitzt. Ein tschechischer und ein deutscher Journalist antworteten. Die Herren von den Ententeblättern machten während der Zeit umfangreiche Notizen.

Montag vormittag 9 Uhr wurde dann feierlich eröffnet. Der Andrang war sehr groß, und die offiziellen Persönlichkeiten gerieten in Gefahr, vom Podium weggedrängt zu werden. Prag war zweifelhaft und stolz. Der Bürgermeister Dr. Baga, eine typische tschechische Erscheinung, übernahm die Messe mit tschechischer und französischer Begrüßung; er dankte besonders dem Kanzler Schamal, der den erkrankten Präsidenten vertat, den Ministern und den Vertretern der bestreuten Regierungen. Die fremden Gesandten waren nämlich vollständig erfreut, voran der päpstliche Nuntius Nicara. Nach dem Bürgermeister sprach Ministerpräsident Cerny. Er pries die tschechische Industrie, wie auf die Bedeutung der Messe hin und forderte des Bekennens zum Friedensvertrag im Wirtschaftsleben, zur Sicherung von Qualitätsware, zur Anerkennung des Grundloches von Treu und Glauben, Worte, die klar und lugendhaft sind, wenn hinter ihrer Klinge und Lugenhaftigkeit auch die Not steht.

Ein Rundgang durch die Hallen schloß sich an. Das diplomatische Korps hat in Prag nicht viel Gelegenheiten zu gemeinsamen Aktionen. Es ließ sich deshalb Zeit. Was ihm wieder Gelegenheiten bot, schmeichelhafte Worte an die tschechischen Persönlichkeiten zu richten. Wofür ein diplomatisches Korps ja schließlich auch aus Diplomaten besteht. Von den Journalisten waren die Franzosen die eifrigsten.

Reichswehr und Vereinsrecht

Berlin, 2. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Im Wehrausschuß des Reichstages wandte sich heute bei der Fortsetzung der Beratung des Wehrgeheges Webminister Schäfer gegen die Behauptung des "Vorwärts", das Reichsministerium sei in puncio Zeitungsweisen nicht liberal verfahren, da der Troppe das Halten des "Vorwärts" verboten worden sei.

Wdg. Schäflein (Soz.) betont, daß die aufgestellte Behauptung in den Darlegungen der sozialdemokratischen Ausschussteilnehmer falsche jähre. Er könne nur sein Bedauern über das Vorkommnis aussprechen. Er trat weiter dafür ein, daß den Soldaten die wirtschaftliche Interessenverteidigung gestellt würde. Streiks, passive Resistenzen und dergleichen Kampfmittel würden von den Wirtschaftsverbänden der Berufssoldaten nicht in Anspruch genommen werden. Die Entscheidung über ein Ver eindecker darf nicht in die Hand des Standortkommandanten gelegt werden, sondern müsse dem Wehrministerium zustehen.

Wdg. v. Schöck (D. Dpt.) verlangt, daß zum Erlass eines Vereinsvertrages das Wehrkreiskommando ermächtigt soll. Gegen ein Verallianzungsverbot soll ein Beschwerderecht gegeben werden.

Reichswehrminister Schäfer erklart, es müsse dafür gesorgt werden, daß Abstimmungsverbot und Reichs- und Volk durch Vereinsorganisationen nicht unter Strafe gesetzt werden können. Ein Heer Streikrecht wolle niemand und ein solches sei undenkbar. Dem polnisch stark engagierten Reichsverband der Berufssoldaten könnte er kein Privilegium einräumen, er sei aber bereit, mit diesem Verband zusammen zu arbeiten, ebenso wie mit anderen. Der Minister schildert hieraus das merkwürdige Verhalten des Reichsverbandes der Berufssoldaten während des Kapp-Puisses, wo dieser mit beiden Teilen verbündete, und schließlich von der rechtmäßigen Regelung verlangte, daß

ihm sämtliche Leutnantsstellen, 20 Prozent der Hauptmannsstellen und 25 Prozent der Stabsoffiziersstellen eingeräumt würden. Der Minister schlägt dann eine Reihe von Vorkommnissen, um darzutun, daß es nicht möglich sei, die Vereinstreiberei unbefriedigt zu gewöhnen. Eindeutig ist es damit, daß das Wehrkreiskommando für Verbote zuständig gemacht wird, und das Wehrministerium als zweite Instanz in Frage kommt.

Weiterberatung morgen.

Deutscher Reichstag

(Fortschreibung des Berichts aus der 2. Abendausgabe.)

Das Gesetz über die Erhöhung der Postgebühren (Postkarte 40 Pf. Brief 80 Pf. bis 1,50 M. Drucksache 15 Pf. bis 1 M. Posttelegraphengebühr 20 Pf. je jedes Wort, mindestens 3 M.) wird nach abweigende Geschäftsaussprache einem Sonderausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Entlastung der Gerichte

Der Ausschuß fordert ein Gesetz zur Regelung eines Gültigkeitsjahrs. Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.): Die Vorlage will die Landgerichte entlasten und die Schöffengerichte belasten. Dagegen haben wir nichts einzutwenden, denn diese Tendenz liegt auf dem Wege zu unserem Ziele, die Landgerichte zu stärken.

Abg. Leydhäuser (Dtsch.): Wir sind mit dem Entwurf einverstanden. Wir sind Gegner der Ordnungsstrafe für Rechtsanwälte.

Abg. Rabenau (Soz.): Das Schneeverfahren ist am geeignetesten zur Entlastung des Gerichtswesens. Das Güterverfahren muß durch besonderes Gesetz geregelt werden.

Abg. Marx (Dt.): Der Deutsche Anwaltsverein sollte sich über die grundsätzlichen Fragen der Justizreform äußern. Die Bemühungen über die Auslösung der Schöffen und Geschworenen können im Rahmen dieses Gesetzes nicht geändert werden.

Abg. Trese (Württ., Thüringen): Unsere Kollegialgerichte sind viel zu stark besetzt, die wird manchmal mit Kanonen nach Schwarzen geschossen. Die Zeit zur Abschaffung der Ordnungsstrafen wegen Ungehörigkeit vor Gericht scheint jetzt nicht gegangen zu sein. Gerade in Berlin ist eine große Verwirrung der Sitten eingetreten. Wir sind auch gegen die Jausung von Frauen zum Schöffenamt.

Abg. Brodau (Dtsch.): Die Vorlage ist ein Schritt, strellt nur ein kleiner Schritt, zur Entlastung der Gerichte. Auf eine grobe Entlastung verzichten.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.): Durch die sogenannte Entlastung werden die Angeklagten auch wichtiger Schutzmittel beraubt, weil nicht alle Beweismittel und Zeugen herangezogen werden können.

Rechtsjustizminister Dr. Heinze:

Ich bin den Parteien dankbar, daß sie dem Gesetzentwurf durchweg zugestimmt haben. Auch ich bin für eine Weiterführung des Schneeverfahrens. Die Frage muß aber noch weiter geklärt werden. Der Minister bittet um Ablehnung des Antrags, nach dem die Ordnungsstrafen für Rechtsanwälte fallen sollen; darüber müssen noch die Landesfürsorgeverwaltungen und die Anwaltskammern gehabt werden. Die Frage gehört nicht in den Rahmen dieses Gesetzes. Gedenkt nicht die Frage der Zulassung der Frauen zu den Schöffengerichten.

Die Abgeordneten Frau Zieh (Unabh.), Frau Pülf (Soz.), Frau Baum (Dem.) und Frau Wachow (Unabh.) treten für Zulassung der Frauen zu Schöffens- und Geschworenenämtern ein.

Abg. Frau Dransfeld (Dt.): Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der Zulassung der Frauen. Augenblicklich können wir aber aus formalen Gründen diesem Antrag nicht zustimmen.

Rechtsjustizminister Dr. Heinze: Es ist unmöglich, so weitgehende Anträge im letzten Augenblick ohne Beratung im Ausschuß hier anzunehmen. Mit der Verhoffnung daß diese Frage nichts zu tun; diese verlangt nur, daß Frauen und Männer gleichberechtigt sein sollen. (Große Unruhe.) Und der werden Sie durch Annahme dieses Antrages nicht gerecht.

In namentlicher Abstimmung wird dann der Antrag auf Zulassung der Frauen zum Amte eines Schöffen und Geschworenen mit 170 gegen 128 bei 7 Enthaltungen angenommen. Dafür stimmen mit den Linksparteien die meisten Demokraten und die Bayrische Volkspartei. Links zur Abstimmung erschienen Reichskanzler Trebitsch und Ministerialrat.

Der Antrag auf Streichung der Ordnungsstrafen für Rechtsanwälte wurde im Hammabteilung mit 143 gegen 137 Stimmen angenommen.

Abg. Rosenfeld (Unabh.) begründet einen Antrag, wonach die Beauftragung zugelassen ist ohne Bindung an eine Wertgrenze.

Abg. Rabenau (Soz.): Ich lehne sowohl den unabhängigen Antrag als die vom Ausschuß beantragte Erhöhung der Verhängungsgrenze ab.

Rechtsjustizminister Dr. Heinze: Die 300-Mark-Grenze ist doch für heutige Verhältnisse nicht hoch.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.): Das Gesetz muss höher stehen als die Bequemlichkeit der Richter.

Die Abänderungsanträge der Unabhängigen zu Artikel 2 und 3 eingeschlagen. Auf Anfrage Brodau (Dtsch.) wird dem Artikel 2 abgelehnt. Auf Anfrage Brodau (Dtsch.) wird dem Artikel 3 eingeschlagen.

Vorrichten alle zur Anfechtung Berechtigten innerhalb 3 Tagen nach Urteilsverkündung auf Rechtsmittel, so genügt die Angabe der

für erwiesen straflosen Tatjoch, in welchen die gesuchten Merkmale der strafbaren Handlung gefunden werden, und der zur Anwendung gebrauchten Eichgesetze."

Auf Antrag Marx (Centr.) wird beschlossen, das Gesetz er. 1. April 1921 in Kraft treten zu lassen. Damit ist die zweite Lösung beendet.

Auf der Tagesordnung steht noch die zweite Lösung des Gesetzes. Aber erhöhte Anstrengung der Kriegsdiensstzeit der Beamten. Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten beantragt, dem Gesetz die Zustimmung zu versagen und statt dessen die Regierung zu erinnern, bei der bevorstehenden Neuregelung der Invaliden- und Angehörigenversicherung eine ähnliche Berücksichtigung der Kriegszeit der Angehörigen und Arbeitnehmer vorzusehen wie für die Beamten. Der Gegenstand wird dem Hauptausschuß zur nachmaligen Beratung überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das Haus verläßt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Körperschützener Novelle zum Gewerbegerichts-gefecht, Bekämpfung der Trunkucht, Schließung der Bordelle. Schluss nach 5½ Uhr.

Der Empfang der oberschlesischen Landsleute

Kattowitz, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Unter Sonderberichtssitzung erschlägt vom deutschen Plebiszitkommissariat über die von deutscher Seite getroffenen Vereinbarungen für den Empfang der oberschlesischen Landsleute aus dem Reich, sowie über die zurzeit in Oberschlesien herrschende Stimmung folgende Einzelheiten:

Das völlige Scheitern der polnischen Versuche, die Volksabstimmung nach ihren Sonderwünschen zu regeln, hat naturgemäß in den letzten Wochen besondere Freude hervorgerufen. Die starke Abwanderung aus dem polnischen Lager ist überall, wo man hinkommt, festzustellen. Selbst aus den als urpolnisch verschriebenen Ortschaften gehen von Tag zu Tag mehr Anmeldungen von Quartieren und Unterkünften ein. Die deutschen Abstimmungsbehörden unterlassen es natürlich nicht, immer und wieder mit den für die friedliche Durchführung der Abstimmung verantwortlichen interalliierten Stellen Führung zu halten und auf besonders gefährliche Ortschaften hinzuweisen, für die auch eine besondere Sicherheitsbeschaffung gestellt wird. Trotz teilweise, recht kleinlicher Schwächen von polnisch geführten Gemeindebehörden, vor allem in Städten, ist es doch gelungen, einer stattlichen Anzahl von über 180 000 Reichsoberschlesiern ihr Abstimmungsrecht zu sichern. Es sind bis ins kleinste gehende Vorbereitungen getroffen, um einen zu gewährleisten, Sicherheit und Zuverlässigkeit der Abstimmungsberechtigten. Es haben sich jugendliche Helfer aus allen Kreisen bereitwillig zur Verfügung gestellt. Um allen anderslautenden Meldungen und Vermutungen entgegenzuwirken, sei auch darauf hingewiesen, daß die Reichsoberschlesier mit einem etwa zehntausend Aufenthalts an den Grenzübergangsstationen einen dreiviertelseitigen Aufenthalt haben, der das direkt die Ausübung der Rechte und Verpflichtungen angemessen sein kann, sind genügend Mengen von Fleisch, Mehl und Kartoffeln bereitgestellt. Aber nicht nur für das leibliche Wohl ist georgt, sondern auch Geist und Gemüth sollen zu ihrem Rechte kommen. So werden überall in Stadt und in Land während des Aufenthaltes der Besucher aus dem Reich, Theateraufführungen, Unterhaltungsabende usw. veranstaltet, um den Heimatfreuen zu zeigen, daß es das größte Bestreben ihrer Heimat ist, ihnen zu beweisen, daß sie daheim nicht vergessen und daß man ihre Wiederkehr in diesen hochbedeutenden Tagen mit Freude und Dankbarkeit begreift.

Der Hauptausschuß des Reichstages lehnt Mittwoch unter dem Vorsitz von Dr. Pachnicke (Dem.) die Beratungen über den Etat des Reichsverkehrsministeriums fort. Der Ausschuß genehmigte sämtliche Einnahmen 1920/21 des Reichsverkehrsministeriums und bewilligte auch die Ausgaben für die Hauptverwaltung.

Verändertes Wahlgesetz. Die amtliche Feststellung des Wahlresultates im Wahlkreis Elbe-Halle-Merseburg ergab in der gemeldeten 5 Mandate nur 4 erhalten haben, da sie statt der ursprünglich erreichten 204 000 nur 197 113 Stimmen erhalten hatten.

Polen sucht englische und italienische Finanzkreise für Oberschlesien zu interessieren. In den nächsten Tagen sollen nach England und Italien politische Sonderkommissionen abreisen, um engere Beziehungen mit den dortigen Industrie- und Finanzkreisen anzuknüpfen und diese für die polnischen Interessen in Oberschlesien zu gewinnen.

Wiesbadener Uraufführung. Aus Wiesbaden wird uns geschrieben: Das Staatstheater brachte als Uraufführung Hermann Kellers "Sinfonisches Drama 'Die Brüder'". Seine anprahlische Form entlockt dem Betrachter der aus Irrungen und Wirrungen heimkehrende jüngere, der nach des Vaters Tod zum Altenherren in Hass und Geltung geworden ist, eine ältere Brüder. Sowohl aus dunklem Geheimen und Reizen, als auch aus dem kämpfenden Brüder kapitalistisches und kommunistisches Prinzip einander gegenüber stehen. Der Kommunist lobt es sogar bis zur Besiegung der eigenen Schwester. Inzwischen kommt nicht zum dramatischen Zusammenschluß, wenn zum bösen Ende auch der kapitalistische Seniorbruder dem Wohnung verfällt und den alten Kommunisten Jungen niederknallt. — Das Intendanten Hugo Lüders Leistung erweist sich als höchst brillant. So schwamm die kleine Handlung allmählich zurück, und bald bis zum allgemeinen Zusammenschluß kam mehr auflaufende Oberen.

Das Urteil gegen Georg Kaiser rechtskräftig. Das Urteil des Münchener Landgerichts gegen den Dramatiker Georg Kaiser und seine Frau Margarete ist rechtskräftig geworden, da eine Revision nicht eingezogen wurde.

1. Deutsche Wissenschaft in Spanien. Aus Halle a. d. S. wird uns berichtet: Dr. Leopold Koeppe, der vom spanischen Ministerium für Wissenschaften die Einladung erhalten hat, an spanischen Universitäten Kurse und Vorlesungen abzuhalten, hat eine neue Methode zur mikroskopischen Erforschung des lebenden Auges entwickelt, die es ermöglicht, jedweden Teil des lebenden Auges in einer bisher ungeübten Gründlichkeit und Vollkommenheit zu betrachten. Die Feinheit dieser neuen Methode geht so weit, daß sogar die Bewegung der kleinsten Blutkapillaren in den Blutkapillaren ausgewertet werden kann. Die mikroskopische Erforschung des lebenden Auges hat sich in einer eigenen umfangreichen Wissenschaft entwickelt. Das Schwergewicht der neuen Methode liegt in der Erforschung der Augenerkrankungen. Dr. Koeppe wird Ende März für zwei Monate an den Universitäten Madrid, Saragossa, Sevilla und Granada Kurse und Vorlesungen über seine neue Methode abhalten.

Bau des Schlesischen Bahnhofs. Die Unterdienstzeit nochmals ausgedehnt. So darauf hin, daß die Eröffnung bis zur nächsten "Osterwoche" am Freitag bereits 4½ Uhr beginnt. Kleiner Rücksicht. Ende Februar verabschiedet in Berlin der Zentralausschuss der Arbeiter Delegierten, der gebraucht wird, um nun mit dem Betriebsrat und dem Betriebsausschuss über die Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Der Betriebsausschuss will die Arbeitszeitverkürzung auf Jahre hinzu die Westfalen und andere Industriezonen und lebt im gegenwärtigen Schiedsgericht in Wiesbaden als

Richard Wagner als Leipziger Student

Von Dr. W. Ahrens.

Im Leipziger Stadtmuseum befindet sich ein Aquarell von Georg Emanuel Opiz, auf dem das Leben und Sterben im Grimmischen Tore zu Leipzig nach der Septemberrevolution 1830 dargestellt ist. Dieses Bild zeigt den Umstieg einer Schar im Neuen Wittenbergschen Verlag (Wien und Leipzig) erschienenen kleinen Schrift, in der O. G. Werner das Thema Richard Wagner als Studenten behandelt, und die das erste Heft eines Seitenwerkes "Berühmte Männer als Verbindungsschüler" bildet soll.

In den Tagen jenseits Septemberrevolution von 1830 war es nämlich, daß der damals 17jährige Richard Wagner, von selbst noch kein Student, werkt in nähere Berührung mit studentischen Kreisen kam. Aus dem Gründstück von Friedrich Brockhaus, dem bekannten Buchhändler, hatten in jenen Tagen der Unteren (2.-5. September) die "Haupthäfen" der Studentenschaft ihre Lager aufgeschlagen und da Wagner der Schwager von Brockhaus war, so hatten jene Malade des Leipziger Studententums alle Ursache, sich mit dem jugendlichen Richard Wagner gut zu stellen, und dieser genoss damals, wie er später selbst in seiner Autobiographie geschildert hat, in dem Kreise der allergrößten Romantikern der Universität, von ihnen gelebt und geehrt, die wahren Saturnalien seines Studientums im 18. Jahrhundert, und zwar zweit vornehmlich in Jena, aufzukommen ganz bestimmten. Der damalige Friedrich Wilhelm I. schickte in seinem im Leipziger Spielgebäude "Der Komödiant", den bezeichneten Namen "Herr v. Raabsold" führt.

Auch unter den "Ausdegen", mit denen Richard Wagner in jenen Tagen nicht bekannt wurde, waren lächelige Kerle. Als die 20 Semester jähre manche bereits und schon seit 6 oder 7 Jahren hatten sie zum Teil Eltern und Heimat nicht mehr aufzufinden. Wahre Helden waren darunter, die in dem jungen Wagner, Großen und Wohlgelassenen gleichermaßen. Einer von ihnen, ein gewisser Gebhardt, ein Mensch von hoher, kräftiger Gestalt, von hervorragender Körperlichkeit und von gewaltiger Muskulatur, brachte es einmal fertig, weil selbst recht kühlig Körperschädel, zwischen denen er, Arm in Arm, durch die Straßen eindrückte, plötzlich doch in die Höhe zu leben, um nun mit ihnen, wie mit zwei Menschenbügeln, dahinzulaufen. Ein anderer Mal galt er einer Dröckche, die in sportlichem Taktus dahinfuhr, mit einer Hand in die Speisen eines Todes und zwang sie so zum Haltan.

Gestiehelt ist ihr Fuß umgurtet ihre Lenden, Und Schlägerhandschuh sind an den Zirkelpolen, so werden dort u. a. die "Renommisten" bezeichneten, deren Hauptvertreter, der Held des Gedichts, den bezeichnenden Namen "Herr v. Raabsold" führt.

Auch unter den "Ausdegen", mit denen Richard Wagner in jenen Tagen nicht bekannt wurde, waren lächelige Kerle. Als die 20 Semester jähre manche bereits und schon seit 6 oder 7 Jahren hatten sie zum Teil Eltern und Heimat nicht mehr aufzufinden. Wahre Helden waren darunter, die in dem jungen Wagner, Großen und Wohlgelassenen gleichermaßen. Einer von ihnen, ein gewisser Gebhardt, ein Mensch von hoher,